Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Karlsruher Zeitung. 1784-1933
# 1931

30.1.1931 (No. 25)

Visual Library

Nr. 25 Freitag, den 30. Januar 1931 174. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr; — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifiester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

## Zur Reform der Arbeitslosenversicherung

### Neue Vorschläge

In Nr. 2 der „Zeitschrift für Selbstverwaltung" vom 15. Januar 1931 fordert Syndikus Dr. von **Hausen** unter dem Stichwort „Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung — Ein Gebot der Stunde" eine **radikale Umstellung** des heutigen Systems der Versorgung der Arbeitslosen, das durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse seinen Sinn verloren habe und zum sicheren Zusammenbruch der öffentlichen Finanzen führen müsse. Er führt aus:

Die jetzige Art der Versorgung der kurzfristig und der langfristig Arbeitslosen sei vom Fürsorgestandpunkt nicht länger zu verantworten. Angesichts des viel größeren und ernsteren Notstandes der **langfristigen** Arbeitslosigkeit habe die Versicherung gegen das kleinere Übel der kurzfristigen Arbeitslosigkeit keine Berechtigung mehr. Die Arbeitslosenversicherung müsse daher unter Beteiligung des Reiches zu einer zeitlich nicht beschränkten Hilfe für die **langfristige** Arbeitslosigkeit umgestaltet werden.

Von Hausen schlägt demgemäß vor, **in den ersten 3 Monaten** der Arbeitslosigkeit die **allgemeine kommunale Fürsorge** eintreten zu lassen und die **langfristig** Arbeitslosen auf die **Reichsanstalt und das Reich** zu übernehmen. Da die allgemeine kommunale Fürsorge nur eintritt, wenn Hilfsbedürftigkeit im fürsorgerechtlichen Sinne vorliegt, und ihre Leistungen zurückfordern kann, würden große Summen, die jetzt **ohne Rücksicht auf Bedürftigkeit** für die ersten Monate der Arbeitslosigkeit verausgabt werden, frei für die Versorgung der langfristig Arbeitslosen, für die jetzt keine Deckung vorhanden ist.

Für die Arbeitslosenversicherung selbst schlägt Dr. von Hausen an Stelle der vielfach geforderten Einführung der Bedürftigkeitsprüfung eine Trennung der Leistungen vor: in **Regelleistungen**, die jeder erhält, und **Zusatzleistungen**, die in Form eines Zuschlages zu den Beträgen zur Arbeitslosenversicherung von denjenigen zurückgezahlt werden müssen, die sie in Anspruch nehmen.

### Die Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat den Haushalt für das am 1. April beginnende neue Geschäftsjahr verabschiedet.

Im Haushalt sind die wichtigsten Punkte die Beitragseinnahmen und die Unterstützungsausgaben. Da das Reich im neuen Haushaltsjahr weder Darlehen noch Zuschüsse geben will, sind diese beiden Zahlen in Beziehung zueinander gebracht worden. Bei 6½ Prozent Beitrag werden die Einnahmen daraus unter Berücksichtigung des Rückganges an Versicherungspflichtigen und des Lohnabbaues auf 1680 Millionen geschätzt, 1478 Millionen davon werden allein für Arbeitslosenunterstützung bereitgestellt. Der **durchschnittliche monatliche Aufwand** auf den Kopf des Arbeitslosen wird mit 70,50 Reichsmark geschätzt (gegenüber 80 Reichsmark vor den Leistungsabstrichen durch die Reform), so daß **1750 Millionen Hauptunterstützungsempfänger** im Jahresdurchschnitt unterstützt werden können. Für Kopfarbeiter sind 45 Millionen (gegenüber 40 i. V.) angesetzt, für Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeitslosen und Beendigung der Arbeitslosigkeit 6,3 Millionen (darunter Schulungsmaßnahmen, Arbeitsausrüstungen, Reisekosten usw.), für Grundforderung bei der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge betragen 40 Millionen, wie im Vorjahre.

### Die Landkreise beim Reichsfinanzminister

Am Mittwoch empfing der Reichsfinanzminister Vertreter der deutschen Landkreise aus allen Teilen Deutschlands unter Führung des Präsidenten Dr. **von Stempel**. Die Abordnung wies darauf hin, daß die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in den Landkreisen in erschreckendem Maße steige. Dieses Anwachsen, das im letzten Halbjahr 67 Prozent betrug, gefährde die Kreisfinanzen in bedrohlichem Maße. Die Landkreise seien gerne bereit, an der zweckmäßigen Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung mitzuarbeiten. Bis zu dem Zeitpunkt jedoch, wo dieses Reformwerk in Kraft treten könne, müsse auf dem Wege über Sonderdotationen eine Überbrückung der Schwierigkeiten Platz greifen. Die Landkreise, die 70 Prozent der Fürsorgelasten tragen, seien in Zukunft nur dann in der Lage, ihre Aufgaben aus der Fürsorgepflichtverordnung richtig zu erfüllen, wenn den Ausgaben eine entsprechende Einnahme gegenüberstehe. Könne das nicht bewirkt werden, so könnten die Landkreise ihren Fürsorgeaufgaben nicht mehr gerecht werden.

### Aussprache zwischen deutschen und Schweizer Studenten

Zwischen den bevollmächtigten Vertretern der **Deutschen Studentenschaft** und des **Verbandes der Schweizerischen Studentenschaften** kam es in **Zürich** auf Einladung des letzteren in diesen Tagen zu einer Aussprache. Die Vertreter **beider** Verbände kamen — wie die „Frankf. Ztg." meldet — zu dem Ergebnis, daß ihnen an einer **Aufrechterhaltung** der traditionellen **freundschaftlichen Beziehungen** und an einem weiteren Ausbau der praktischen Zusammenarbeit, besonders auch auf sportlichem Gebiet, stark gelegen sei. Die infolge des Konfliktes abgesagten sportlichen Veranstaltungen sollen, soweit dies zeitlich möglich ist, noch durchgeführt werden. Sodann wurde über die zukünftige praktische Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Studentenschaft und dem Verband der Schweizerischen Studentenschaften des näheren verhandelt und dafür Richtlinien aufgestellt.

## *Letzte Nachrichten*

### Eine Rede Dr. Krupps von Bohlen u. Halbach

#### Selbstkostenkrise und Arbeitslosigkeit

**WTB. Essen, 30. Jan. (Tel.) In der heutigen Generalversammlung der Friedrich Krupp AG., in der der bereits veröffentlichte Geschäftsabschluß 1929/30 genehmigt wurde, führte der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Dr. Krupp von Bohlen und Halbach u. a. aus:**

Der Kruppsche Geschäftsabschluß sei ein Abschluß der Sorgen und Nöte des deutschen Wirtschaftslebens, an dem **nichts retuschiert** worden sei. Seit Jahren werde gegen den Grundsatz verstoßen, daß sozialer Wohlstand nur durch die Wirtschaft und nicht gegen die Wirtschaft erzielt werden. Der Redner schilderte die Wirkung der Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik auf das Wirtschaftsleben. Wir stehen jetzt an dem Punkt, daß weitere Belastungen nur mit Eingriffen in die Substanz zu decken sind. Der Redner wandte sich trotzdem entschieden **gegen die Schwarzseher**. Unternehmer und Arbeiter könnten für sich in Anspruch nehmen, in den schweren Jahren der Nachkriegszeit ihre Pflicht getan und manche verzweifelte Situation gemeistert zu haben.

Zwei Kernprobleme harrten besonders dringend der Lösung: Die **Selbstkostenkrise und die Arbeitslosigkeit**. Um Arbeitslose möglichst rasch wieder in den Produktionsprozeß einzugliedern, müsse man versuchen, mit dem bisherigen Aufwand für Gehälter und Löhne mehr Leute zu beschäftigen und auf diesem Wege auch billiger zu produzieren. Dem Unternehmer fiele bei diesem Versuch die Aufgabe zu, **für vermehrte Arbeitsmöglichkeit** durch Ausführung von vielleicht zunächst unproduktiven Arbeiten zu sorgen, und darüber hinaus das Risiko für den Absatz einer allmählich vermehrten Produktion auf sich zu nehmen. Wenn es gelänge, Arbeit und Kapital in diesem Sinne zu einer **opferbereiten Gemeinschaftsarbeit** zusammenzuführen, sei ein Anfang gemacht mit der Beseitigung der Schwierigkeiten, die die deutsche Wirtschaft über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrisis hinaus bedrückten. — Dr. Krupp schloß: Die Gesellschaft bleibe auf eine aktive Geschäftspolitik eingestellt und würde auch im neuen Geschäftsjahr diejenigen Arbeiten fortsetzen, die sie zur weiteren Hebung der Qualität und der Wirtschaftlichkeit ihrer Erzeugung für notwendig halte.

### Ablehnung deutscher Wahlproteste in Oberschlesien

WTB. **Kattowitz**, 30. Jan. (Tel.) Die **Proteste der Deutschen Wahlgemeinschaft** gegen die Gültigkeit der **Wahlen zum Schlesischen Sejm** sind, soweit sie die Kreise Kattowitz und Königshütte betreffen, aus formalen Gründen **abgelehnt** worden. Angeblich sollen die Proteste 24 Stunden zu spät eingereicht worden sein. Über den Protest wegen der Wahl im Kreise **Rybnik** sowie über die Wahlproteste der Deutschen Wahlgemeinschaft gegen die **Warschauer Sejm-Wahlen** ist noch keine Entscheidung getroffen worden.

### Das Schicksal der Grönlandexpedition Dr. Krügers

WTB. **Kopenhagen**, 30. Jan. (Tel.) Von der im Herbst 1929 unter Führung von Dr. **Krüger** (Darmstadt) und dem Dänen Axel **Bjerre** abgereisten **Expedition nach Nord-Grönland** ist jetzt eine Nachricht in Kopenhagen eingetroffen, ein von Axel Bjerre an seine Verwandten in Kopenhagen geschriebener Brief. Wie „Berlingske Tidende" schreibt, befürchtet man jetzt, daß Dr. Krüger und Axel Bjerre in **den Eisfeldern umgekommen** sind. Die beiden der Expedition angehörenden wissenschaftlichen Teilnehmer sind bereits zu einem früheren Zeitpunkt nach Deutschland zurückgekehrt. Von kanadischer Seite wurde eine Reihe erfolgloser Nachforschungen angestellt. In **Regierungskreisen** glaubt man jedoch **nicht**, daß die Expedition umgekommen ist. Dr. Krüger und Axel Bjerre haben beide gründliche Kenntnisse über arktische Reiseverhältnisse, und man ist der Ansicht, daß beide überwintern könnten, wo sie sich auch befinden mögen.

### Schweres Bergwerksunglück in England

WTB. **London**, 30. Jan. (Tel.) In einem Kohlenbergwerk von **Whitehaven** (Cumberland) ereignete sich gestern abend eine **Schlagwetterexplosion**. 40 bis 50 Bergleute werden vermißt. Bisher wurden **10 Leichen geborgen**. Nach den letzten Meldungen werden noch **16 Bergleute vermißt**. Die der Grube benachbarte Wellington-Grube wurde nach der Explosion von Gasen überflutet. 32 dort tätige Bergleute erlitten teils schwere, teils leichte Gasvergiftungen. Die Schlagwetterexplosion ereignete sich in einem **unter dem Meer liegenden Stollen**, etwa 3 Kilometer vom Förderkorb entfernt.

**Reichskanzler Dr. Brüning** hat gestern eine Reihe von Empfängen abgehalten. U. a. empfing er die **sozialdemokr. Abgeordneten** Breitscheid, Hertz, Hilferding und Müller zu einer Aussprache um die politische Lage. Dem „B. T." zufolge handelte es sich bei dieser Besprechung um den sozialdemokratischen Antrag auf **Staffelung der Gehaltsabzüge** für Beamte. Eine Einigung hierüber ist noch nicht erzielt worden.

**In dem Lohnstreit im Holzgewerbe** hat der Reichsarbeitsminister die Parteien zum 2. Februar zu Einigungsverhandlungen geladen.

## Wirtschaftliche Umschau

### Technik, Politik und Weltwirtschaft — Elektrifizierung und Arbeitsbeschaffung — Die Biersteuererhöhungen

Der Krieg mit seiner übermäßigen Ankurbelung der Produktion in aller Welt, der politische und wirtschaftliche Nationalismus der Nachkriegszeit, dazu die Entstehung neuer Staaten und neuer Zollgrenzen, vor allem aber die **Fortschritte der Technik** haben die Voraussetzungen geschaffen, aus denen sich die heutige **Weltwirtschaftskrise** entwickelt hat. Natürlichen Heilungstendenzen, aus der Anlagesuche überflüssig werdenden Weltkapitals, neuem Bedarf und dadurch Angleichung von Erzeugung und Verbrauch stehen die Hemmungen gegenüber, die sich ebenso aus den **Friedensdiktaten**, wie aus deren weiter wirkendem Geist ergeben. Die Menschheit hat gewaltige Fortschritte in der Technik gemacht, welche die Völker räumlich einander viel nähergebracht haben, aber die politische und auch die geistige Entwicklung sind andere, rückläufige Wege gegangen. Man denke nur an das, was auf dem Gebiete der Luftfahrt und der Chemie erreicht worden ist, mit seinen Schattenseiten, den ungeheuren, die Erfahrungen des Kriegs noch weit übertreffenden Möglichkeiten der Zerstörung, vor denen alle Völker zittern. Sie zeigen sich nicht imstande, sich zu gemeinsamer Zusammenarbeit zu verständigen, trotzdem die menschliche Stimme auf Ätherwellen nun mit Leichtigkeit über alle Grenzen dringt. Man denke auch an die Rationalisierung der Produktion, die mit Hilfe immer neuer Einrichtungen und Maschinen dem Menschen immer mehr Arbeit erspart, aber gleichzeitig immer mehr Menschen brotlos macht und sie von der Konsumption der erzeugten Güter abhält.

Es ist zweifellos so, daß die wirtschaftliche Gegeneinanderarbeit der Völker unendlich viel Leerlauf schafft, während durch **Zusammenarbeit und gegenseitige Ergänzung** die Produktion dem Bedarf viel mehr angepaßt und dieser auch außerordentlich gesteigert werden könnte, weil dann eben eine größere Beschäftigung größere Konsumkraft schaffen würde. Niemand wird an die Möglichkeit einer Planwirtschaft für die ganze Welt glauben, aber eine **planvollere** Wirtschaft als die heutige, auch über die Grenzen der Staaten hinaus, ist doch denkbar, wie man ja auch seit langem, jetzt z. B. in der Zuckerindustrie bemüht ist, durch private internationale Abmachungen einen Ausgleich zu finden.

In Genf wurde freilich festgestellt, daß die Wirtschaftspolitik des Völkerbundes **keinerlei Fortschritte** gemacht habe und auch darauf hingewiesen, daß in solchen Notzeiten wie den gegenwärtigen, in denen jeder Staat zunächst an sich denkt und denken muß, auch die Hemmnisse, die sich einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Regierungen entgegenstellen, sich verstärken mußten. Daß die **politischen Zustände und Gefahren** besonders erschwerend wirken, wurde gleichfalls zugegeben, indem die Europakommission in einer Kundgebung als eines der großen Hindernisse für den wirtschaftlichen Wiederaufbau den **Mangel an Vertrauen** auf die Zukunft feststellte und auf die Notwendigkeit einer friedlichen und gewaltlosen internationalen Politik hinwies. Das ist freilich eine Halbheit und in Wirklichkeit eine **Unehrlichkeit**. Denn die heutige internationale Politik beruht auf der Gewalt, mit der man die Friedensdiktate weiter aufrechtzuerhalten und ihre Revision zu verhindern bestrebt ist. Diese Politik gerade stellt sich der Wiederkehr des Vertrauens in den Weg, damit der Revision der Kriegsschulden durch den Hauptgläubiger der Welt, Amerika, die für Europa als Ganzes untragbar sind, und damit auch der Revision der Kriegstribute, ohne die der größte Industriestaat Europas, Deutschland, nicht gesunden kann. Das stellten neuerdings wieder gewichtige amerikanische Stimmen offen fest, und damit die **Hauptschuld** an der Weltkrise, die in der gegen Deutschland gerichteten Nachkriegspolitik liegt.

*

In der „Karlsruher Zeitung" ist bereits wiederholt auch auf die Wichtigkeit der **Elektrifizierung der Bahnen für die Arbeitsbeschaffung** hingewiesen worden und es wurde seinerzeit in einem Artikel von Oberbaurat **Helmle** vom Badenwerk verlangt, daß das Reich von den vielen Millionen, die es für die zwangsweise Feiernden ausgebe, einen verhältnismäßig bescheidenen Teil der Reichsbahn à fonds perdu zuweise, um der Bahn die Inangriffnahme der dann bestimmt dauernd sehr wirtschaftlichen Umstellung des Dampfbetriebes auf den elektrischen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

schmackhaft zu machen und dadurch zahlreiche Beschäftigungslose wieder an die Arbeit zu bringen. Auch Auslandskapital könne wegen der Rentabilität dieser Arbeiten herangezogen werden. Das Reich und die Reichsbahn sind nun im Begriff, dieser Anregung zu entsprechen. Wie gemeldet, will die Reichsbahn nun endlich die **Elektrifizierung der Ostwestlinie** von Augsburg über Ulm nach **Stuttgart** weitertreiben und untersucht auch die Frage der **Fortsetzung** dieser Arbeiten bis **Karlsruhe und Bruchsal.** Ein Auslandskredit von 50 Mill. Reichsmark soll zunächst flüssig gemacht werden, und das Reich hat sich bereit erklärt, für die ersten Jahre, bis die Rentabilität der Elektrifizierung eintritt, die Verzinsung zu übernehmen. Das ist jedenfalls eine durchaus vertretbare Ausführung der Dietrichschen Vorschläge für Arbeitsbeschaffung.

Zunächst scheint leider erst die Fortführung der Elektrifizierung von Osten her bis Stuttgart gesichert, wobei für 1½ Jahre Beschäftigung für 10 000 Arbeiter geschaffen wird. Es wäre **für Baden,** das zur Energieversorgung durch seine Wasserkräfte besonders imstande ist, unerträglich, wenn die Elektrifizierung in Stuttgart (dessen Vorortlinien übrigens auch einbezogen werden sollen, wozu der württembergische Staat Darlehen gibt), aufs neue Halt machen sollte, zumal Baden als Grenzland und wegen der großen Arbeitslosigkeit auch besondere Berücksichtigung verdient. Baden wünschte bekanntlich zunächst die Elektrifizierung der Nordsüdlinie, und hat sich mit der Elektrifizierung der Ostwestlinie deshalb abgefunden, weil sie logischerweise, ist erst einmal Kehl erreicht, die Elektrifizierung der Rheintallinie zur Folge haben muß.

Die Elektrifizierung der süddeutschen Ostwestlinie ist deshalb erwünscht, weil die, wenn auch 115 Kilometer längere, große Steigungen und Winterschwierigkeiten aufweisende, südliche Konkurrenzlinie, die durch die Schweiz, Vorarlberg, Tirol und Salzburg laufende Arlberglinie bereits seit längerem elektrisch betrieben wird. Die süddeutsche Ostwestlinie ist seit zwei Jahren bereits von Salzburg bis München elektrisch. Dann stockten die Arbeiten aus Mangel an Mitteln, sie blieben halbwegs zwischen München und Augsburg stecken und wurden erst im vorigen Jahre wieder aufgenommen, so daß im Frühjahr endlich Augsburg erreicht wird. Was uns naturgemäß in erster Linie interessiert, ist die Weiterführung der Elektrifizierung bis Karlsruhe, für die nun in besonderen Besprechungen die Unterlagen durch Rentabilitätsberechnungen geschaffen werden sollen, nachdem Untersuchungen darüber schon seit langer Zeit im Gange sind. Dann, und hoffentlich bald, soll sich der Verwaltungsrat der Reichsbahn auch mit der Elektrifizierung der Strecken von Stuttgart nach Karlsruhe und Bruchsal beschäftigen.

*

Von seiten der Brauindustrie wurde — auch bei einer kürzlichen Besprechung in der Karlsruher Handelskammer, betont, daß die **Reichsbiersteuererhöhung** bei weitem nicht die erwarteten Mehrerträge gebracht hat, da der Bierabsatz außerordentlich zurückging. Es handelt sich hier nicht nur um die Brauindustrie, sondern auch um eine wichtige Frage für die Landwirtschaft, das Gastwirtsgewerbe und die Arbeiterschaft. Einer der führenden Männer des deutschen Braugewerbes, der Bankier Dr. Arnhold (Dresden), hat kürzlich mitgeteilt, daß die 45prozentige Erhöhung der Biersteuer nur ein Plus von 16,5 Proz. erbracht habe, das jedoch auch nur scheinbar sei, weil ihm sehr große Ausfälle an Einkommensteuer, Körperschaftssteuer, Frachten und Ausgaben für Arbeitslose gegenüberstehen und außerdem auch noch die geschädigte Landwirtschaft nach Hilfsmaßnahmen ruft. Es handelt sich hier um so wichtige Produkte, wie Gerste und Hopfen, deren Absatzschwierigkeiten noch vergrößert werden. Die Brauereien ließen in Karlsruhe zu der Frage, ob sie nicht einen Teil der Biersteuer selbst tragen könnten, erklären, daß der reinen Biersteuerlast (ohne sonstige Steuern) von 22 *RM* für das Hektoliter eine Durchschnittsdividende von nicht einmal 2 *RM* für das Hektoliter gegenüberstehe, wozu noch eine Verteuerung der Produktion durch den Absatzrückgang komme. Zur Erhöhung der Reichsbiersteuern kommen die neuen Gemeindebiersteuern. Der Erfolg der Biersteuern für die gesamten Finanzen und die gesamte Volkswirtschaft ist also als sehr problematisch anzusehen, weil es sich eben um Erhöhungen von Konsumsteuern bei rückgängiger Konjunktur handelt. Bei uns im Süden haben wenigstens der Weinbau und der Weinabsatz davon einen Vorteil. In anderen Gegenden des Reichs kann leicht ein durchaus unerwünschter Mehrkonsum an Branntwein die Folge sein.

* * *

**Hausfrauen im Reichswirtschaftsrat.** Frau Maria **Jecker** (Aachen), die Vorsitzende des Reichsverbandes Deutscher Hausfrauenvereine, ist an Stelle von Frau Kromer, die ihr Amt niedergelegt hat, in den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat eingetreten.

**Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe,** von heute morgen: Die allgemeine Wetterlage ist seit gestern im wesentlichen unverändert geblieben. Eine wesentliche Änderung des bestehenden Witterungscharakters steht auch für morgen nicht in Aussicht. Im Gebirge haben die ergiebigen Niederschläge der letzten Tage zu starkem Anwachsen der Schneedecke geführt, die in etwa 1000 Meter Höhe heute durchschnittlich bereits über einen Meter erreicht hat. **Voraussage:** Fortdauer des meist trüben Wetters, zeitweise Schneefälle, in tiefen Lagen meist Regen, später vorübergehende Aufheiterung und Nachlassen der Niederschläge.

**Wasserstände:** Waldshut 268 +17, Basel 86 +24, Schusterinsel 146 +19, Kehl 295 +5, Maxau 503 +5, Mannheim 458 +5, Caub über 200 Zentimeter.

## Die Wirtschaftslage des Rundfunks

### Drei Viertel des Kapitals in öffentlichem Besitz

Der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost behandelte am 28. und 29. Januar den Bericht des Rundfunkkommissars über die **Wirtschaftslage der deutschen Rundfunkgesellschaften** im Geschäftsjahr 1929.

Der von den Rundfunkgesellschaften bewirtschaftete Anteil aus den Rundfunkeinnahmen betrug 1929 rund 37,8 Millionen Reichsmark, dazu Einnahme aus sonstigen Quellen rund 1,1 Millionen Reichsmark. Die Ausgaben der 10 deutschen Rundfunkgesellschaften und der Reichsrundfunkgesellschaft betrugen für Programmgestaltung 15,9 Millionen, für Betrieb von Rundfunksender 6,3 Millionen, Verwaltungskosten 5,4 Millionen, Steuern und soziale Abgaben 2 Millionen, Betrieb der Reichsrundfunkgesellschaft, des Deutschlandsenders, technische Ausgaben, Abgaben für Unterhaltung wissenschaftlicher Institute, Werbung, Ausstellungen, zusammen 5,2 Millionen, Abschreibungen, Rückstellungen, gesetzliche Reserven 3,8 Millionen, Dividende 285 000 *RM*. Etwa **75,5 Proz. des Kapitals** der Rundfunkgesellschaften befindet sich jetzt im **Besitz von Reichs- und Staatsbehörden** sowie **öffentlicher Körperschaften.**

Auf Grund der Ausschußberatung wird das Reichspostministerium die Postämter ermächtigen, mit Wirkung vom 1. März 1931 solchen Erwerbslosen, die Krisenunterstützungsempfänger sind, oder die als Ausgesteuerte bei nachgewiesener Notlage von den Gemeinden Wohlfahrtsunterstützung erhalten, die Rundfunkgebühr unter gewissen Voraussetzungen zu erlassen.

## Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter

Der Reichsrat stimmte am Donnerstagabend dem vom Reichsarbeitsminister aufgestellten **Richtlinien für die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte** in Deutschland im Jahre 1931 zu. Dadurch werden ausländische Arbeiter überhaupt nur noch im Zuckerrübenbau zugelassen, und zwar nur in Betrieben, die mindestens 25 Morgen Zuckerrübenanbaufläche haben. 80—85 Prozent dieser Ausländer müssen weibliche Arbeitskräfte sein. Annahme fand eine von Preußen beantragte Entschließung, die erwartet, daß die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung ihre Bemühungen fortsetzt, für die Landwirtschaft geeignete **inländische Arbeitskräfte** an Stelle von Ausländern zu vermitteln und gegen Arbeitslose, die sich ohne berechtigten Grund **weigern,** Landarbeit anzunehmen, mit **Entziehung der Unterstützung** vorzugehen.

## Eine Wehrorganisation des Zentrums

Die neugegründete Wehrorganisation der Zentrumsjugend, die **„Kreuzschar“,** ist, wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, jetzt zum erstenmal in **Beuthen** in Oberschlesien vor die Öffentlichkeit getreten. Reichstagsabg. Prälat **Ulitzka** umriß ihre Ziele mit der Erklärung, die Zeit der Diskussionen sei vorbei. Gegen Gewalt, Unterdrückung und gegen die Mächte der Zerstörung müsse auch das Zentrum zur Erhaltung der heiligsten Güter zu der Abwehr greifen.

Die Gründung der „Kreuzschar“ ist auf den Beschluß einer im Dezember abgehaltenen außerordentlichen Tagung des Reichsparteivorstandes des Zentrums zurückzuführen. Ihre Organisation soll sich in kurzer Zeit über das ganze Reich erstrecken.

## Die Volkspartei beharrt auf ihrem Sparantrag

In der Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei am Donnerstag, in der Reichsaußenminister Dr. **Curtius** einen Vortrag über die Genfer Tagung hielt, berichtete, der „DAZ.“ zufolge, der Parteiführer **Dingeldey** über seine Besprechungen mit dem Reichskanzler. Die volksparteilichen Vorschläge sind beim Reichsfinanzminister auf starke Skepsis gestoßen. Es wird bezweifelt, ob sich Ersparnisse in dem gewünschten Umfang durchführen lassen. Wie das Blatt berichtet, wird die Fraktion heute wahrscheinlich eine Entschließung fassen, in der sie sich nochmals auf ihren bekannten 300-Millionen-Sparantrag festlegt und wiederum mit politischen Konsequenzen droht, falls diesem Antrag nicht stattgegeben werden sollte.

## Eine Abrüstungsdebatte im Oberhaus

### Die einseitige Entwaffnung der Mittelmächte

Im englischen Oberhaus fragte Donnerstag nachmittag Lord **Dickinson** die Regierung, ob sie eine Erklärung über den Fortschritt der **internationalen Abrüstung** abgeben könne. Der Redner wies darauf hin, daß Deutschland mit einem großen Maß von Berechtigung darauf hinweise, daß bei dem Abschluß der Vereinbarungen von keiner Seite in Aussicht genommen worden sei, die Zentralmächte ständig in einer Stellung der militärischen Unterlegenheit gegenüber den anderen europäischen Ländern zu halten. Jedem aber, der nach Deutschland, Österreich, Ungarn oder Bulgarien reise, müsse es auffallen, daß auf der einen Seite der Grenze so gut wie nichts von militärischem Aufwand zu bemerken sei, auf der anderen Seite der Grenze sehe man aber große Mengen von Soldaten, die alle bis an die Zähne bewaffnet und bereit seien, sich auf Befehl sofort auf ihren Nachbarn zu stürzen. Das sei ein Zustand, der von keiner Nation verlangt werden könne. Sollten die beteiligten Mächte zögern, einen Plan der Abrüstung anzunehmen, so könnten die Folgen in Europa und in der Welt ernst sein.

## Der beleidigte Mussolini

### Amerika entschuldigt sich

Die amerikanische Regierung entschuldigte sich — wie aus **Washington** gemeldet wird — bei Mussolini wegen einer Rede des Generals **Smedley Butler,** die unhöfliche Bemerkungen über den italienischen Ministerpräsidenten enthielt. Die Angelegenheit hatte zu einem Protest des italienischen Botschafters in Washington Anlaß gegeben. — Der Marinesekretär teilte mit, daß General Butler einem Kriegsgericht überwiesen werden wird.

Zunächst ist Butler auf Anweisung des Präsidenten Hoover vom Dienst dispensiert und zu Stubenarrest verurteilt worden. Er hatte in seinem Vortrag gesagt, Mussolini sei einer der tollen Hunde Europas; er habe, als er einmal bei einer Automobilfahrt ein Kind totfuhr, nicht angehalten, und sei mit der Bemerkung, „was kommt es auf ein Kind an“, weitergefahren. General Butler erklärte, daß er seine Ausführungen für richtig halte, da sie ihm von einem guten Freund (einige Blätter bezeichnen Cornelius Vanderbilt jun. als seinen Gewährsmann) mitgeteilt seien.

**Das französische Gold.** Der Gouverneur der Bank von Frankreich wies in seinem Jahresbericht darauf hin, daß die Golddeckung der französischen Banknoten jetzt mit 53 Proz. zu veranschlagen sei und daß es keinem Zweifel unterliege, daß ausländische Anleihen in großem Ausmaße in Frankreich auferlegt werden würden, wenn sich die gegenwärtigen Bedingungen gebessert haben werden.

**Ein Neger im französischen Kabinett.** Als besonderes Kuriosum hat das Kabinett Laval einen **Neger** aufzuweisen; der Abg. **Diagne,** der zum Unterstaatssekretär für die Kolonien ernannt wurde, ist ein Senegalneger von reinstem Blut.

# Aus den Ländern

## Die Diätenkürzung in Bayern

Die bayerische Staatsregierung hat, wie die „Germania“ berichtet, dem Bayerischen Landtag einen Gesetzentwurf zur **Änderung der Aufwandsentschädigungen der Landtagsabgeordneten** vorgelegt.

Danach erhält jeder Abgeordnete, sofern er in München seinen Wohnsitz hat, eine monatliche Aufwandsentschädigung von 280 *RM* (bisher 300 *RM*), sofern er außerhalb Münchens seinen Wohnsitz hat, eine solche von 420 *RM* (bisher 450 *RM*). Die Mitglieder der Ausschüsse erhalten außerdem für jede Sitzung, sofern sie in München wohnen, ein Tagegeld von 8 *RM*, auswärtige Abgeordnete ein Tagegeld von 12 *RM*. Außerdem erhält der Landtagspräsident eine besondere monatliche Entschädigung von 300 *RM*. Für jeden Tag, an dem ein Abgeordneter einer Vollsitzung des Landtages ferngeblieben ist, wird ein Betrag von 8 bzw. 12 *RM* von der Aufwandsentschädigung abgezogen. Abgeordnete, welche gleichzeitig Mitglieder des Reichstages sind, erhalten keine Aufwandsentschädigung aus der bayerischen Staatskasse, mit Ausnahme der Tage, für welche ihnen aus Anlaß der Reise zwischen Berlin und München anläßlich einer Reichstagssitzung ein Abzug der Reichstagsdiäten gemacht wird. Das Gesetz soll am 1. Februar 1931 in Kraft treten.

*

**Im sächsischen Landtag** wurde der Einspruch des nationalsozialistischen Abg. Dönicke gegen seinen in der letzten Sitzung erfolgten Ausschluß zurückgewiesen, worauf die nationalsozialistische Fraktion den Saal demonstrativ verließ. Der nationalsozialistische Abg. Kunz hat sein Amt als zweiter Vizepräsident des Landtages niedergelegt.

## Elektrifizierung und Tarifsenkung

Zu den Äußerungen eines Berliner Morgenblattes, daß im Zusammenhang mit dem **50-Millionen-Elektrifizierungsauftrage** der Reichsbahn von Reichs-Subventionen spricht, bei denen die Gegenleistung der Reichsbahn in Form von **Tarifsenkungen** ungenügend sei, wird von unterrichteten Kreisen des Reichsverkehrsministeriums darauf hingewiesen, daß in dieser Presseäußerung **zwei völlig verschiedene Dinge** durcheinandergeworfen werden. Wenn das Reich für den 50-Millionen-Auftrag zur Elektrifizierung der Strecke **Augsburg—Stuttgart** für die ersten Jahre den Zinsendienst übernimmt, da die Reichsbahn während der Bauzeit dazu nicht in der Lage ist, so geschieht dies, weil die Elektrifizierung im öffentlichen Interesse liegt, und das Projekt bereits im **Arbeitsbeschaffungsprogramm** vom Juli 1930 enthalten ist. Die Reichsbahnhauptverwaltung würde bei der augenblicklichen gespannten Finanzlage von sich aus dieses Elektrifizierungsprojekt nicht durchführen können.

## Treviranus gegen den Zentralismus

In einer von der Deutschhannoverschen Partei und der Konservativen Volkspartei in **Celle** veranstalteten Versammlung sprach Reichsminister **Treviranus.**

Der Minister kritisierte die Politik der Jahre 1925 bis 1928, die die Tatsache des verlorenen Krieges unberücksichtigt gelassen habe. Verhängnisvoll sei die in Deutschland herrschende Auffassung, es müsse **alles von Berlin aus** nach bürokratischem Schema gemacht werden. Notwendig sei vielmehr, daß man auch nach heimatlichen und landschaftlichen Grundsätzen arbeite. Unsere Kapitalkraft sei nicht zuletzt durch die übermäßige Aufblähung des Verwaltungsapparates systematisch zerstört worden. Die Verwaltung des Reiches und der Länder müsse von Grund auf reformiert werden. Der Minister bekannte sich als überzeugter Verfechter des Selbstverwaltungsgedankens.

**Verbot eines politischen Films.** Der satirische Film „Ins Dritte Reich“, im Auftrage der Sozialdemokratischen Partei hergestellt und gegen die Nationalsozialisten gerichtet, wurde nach einer Meldung des „B. T.“ am Donnerstag von der Filmoberprüfstelle Berlin durch Mehrheitsbeschluß verboten. Gegen die Zulassung hatten sich Vertreter des Reichsinnenministeriums und des Auswärtigen Amtes ausgesprochen.

**Urteil gegen türkische Verschwörer.** Das Kriegsgericht in **Konstantinopel** fällte gegen die **erste Gruppe** der Scheiche, die angeklagt waren, an der kürzlich aufgedeckten **reaktionären Bewegung** in der Provinz **Smyrna** beteiligt gewesen zu sein, das Urteil. Die Urteile werden nicht veröffentlicht werden, bis sie von der Kammer genehmigt worden sind, aber man nimmt an, daß **78 Gefangene zum Tode** durch den Strang verurteilt worden sind, während die übrigen Urteile in Zwangsarbeit von 3 bis zu 24 Jahren bestehen. 27 sollen freigesprochen worden sein.

## Kleine Chronik

Das deutsche Flugschiff „Do X“ wird wahrscheinlich am **31. Januar,** 7.30 Uhr, in **Lissabon** zum **Weiterflug starten.**

Der Pilot der Ernst-Heinkel-Flugzeugwerke, Dr. **King,** verschätzte sich in **Warnemünde** infolge des diesigen Wetters und stieß in voller Fahrt auf der Wasserfläche auf. Das Flugzeug überschlug sich. Dr. King erlitt einen tödlichen Schädelbruch.

Der erste stellv. Gemeindevorsteher von **Düneberg** bei Hamburg, der der Kommunistischen Partei angehört, ist unter dem Verdacht der **Anstiftung** bzw. der Beteiligung an den Zusammenstößen in Geesthacht in Haft genommen worden.

Während der Vorführung des Films „Afrika spricht“ im Ufa-Pavillon am Nollendorfplatz in **Berlin** — es wird u. a. eine Szene gezeigt, in welcher ein Neger von einem Löwen angegriffen wird — ließ ein Neger das Wort „Kulturschande“ fallen. Dem Neger schlossen sich dann etwa zwanzig Personen an, wodurch die Vorstellung vorübergehend gestört wurde. Nachdem der Störenfried durch die Polizei entfernt worden war, konnte die Vorführung weiter gehen.

Das Schöffengericht **Charlottenburg** verurteilte den Angeklagten K. **Janoschka** — „das Nachtgespenst“ — unter Freisprechung von der Anklage der Unzucht und des Diebstahls in zwei Fällen wegen fortgesetzten Einbruchdiebstahls im strafverschärfenden Rückfall und Freiheitsberaubung zu einer Gesamtstrafe von **drei Jahren und sechs Monaten** Gefängnis unter Anrechnung von fünf Monaten der Untersuchungshaft. Der Angeklagte Spyrka wurde freigesprochen.

Eine aus 6 Personen bestehende Gruppe **englischer Touristen** mit 3 Führern wird im Jungfraugebiet **vermißt.** Vom Jungfraujoch aus wurden die Touristen am Mittwoch auf dem Aletschgletscher gesichtet. Man vermutet, daß sie wegen des Witterungsumschlags zur Concordiahütte zurückgegangen und dort eingeschlossen sind.

Beim **Brande eines Ateliergebäudes** in **New York** sollen mindestens 6 Personen in den Flammen umgekommen sein und einige Personen unter dem Schutt der eingestürzten Mauern begraben liegen. Mehrere Feuerwehrleute wurden schwer verletzt.

# Badischer Teil

## Die Elektrifizierung der Ostweststrecke der Reichsbahn

Der **Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft** hat in seiner Sitzung vom 26./27. Januar 1931 wegen der Fortführung der **Elektrifizierung süddeutscher Bahnstrecken** einen Beschluß gefaßt, der auch für das Land Baden von größter verkehrspolitischer und wirtschaftlicher Bedeutung ist.

Die Bestrebungen des badischen Finanzministeriums, für die badischen Hauptbahnen die Einführung des elektrischen Zugbetriebs durchzusetzen, reichen schon sehr lange zurück und sind bis in die Gegenwart fortgesetzt worden. Es kann auch auf verschiedene Entschließungen des Landeseisenbahnrats Karlsruhe und des Badischen Verkehrsverbandes zu dieser Frage verwiesen werden. Auch sonstige Zeitungsäußerungen und Denkschriften ließen erkennen, daß diese Angelegenheit in Baden stets mit größtem Interesse von der Öffentlichkeit verfolgt wurde. Mit dem Beschluß des Verwaltungsrats, die **Ostwestlinie von Augsburg bis Stuttgart** alsbald fertigstellen zu lassen, ist eine **weitere Etappe** auf dem Weg zur Elektrifizierung dieser ganzen Linie erreicht, die ihren Endpunkt, dem Lauf des Orient-Expreß-Zuges entsprechend, in **Kehl** hat. Die Mitteilung über die Verwaltungsratssitzung enthält bereits den Hinweis auf Verhandlungen und Prüfungen hinsichtlich der Strecke von **Stuttgart bis Karlsruhe** und von Mühlacker bis Bruchsal. Schon die Tatsache, daß dieser Hinweis veröffentlicht wird, bekundet den Willen der Reichsbahn, grundsätzlich auch der Fortsetzung der Arbeiten über Stuttgart hinaus nach Baden näherzutreten.

Erfreulicherweise konnte gerade in letzter Zeit in einer Besprechung der beiden **beteiligten Länderminister** festgestellt werden, daß es sich hier um ein **gemeinsames württembergisch-badisches Interesse** handelt. Die beiden Minister sind deshalb am 22. Januar 1931 in Berlin bei maßgebenden Stellen vorstellig geworden. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung hat erneuten Anlaß und auch erneute Möglichkeit geboten, die Verhandlungen nachdrücklichst zu betreiben. Dazu kam die jetzt für Baden bedeutend verbesserte Lage, daß es einen eigenen Vertreter im Verwaltungsrat der Reichsbahn hat. Die Verhandlungslage ist nun so, daß ein **Unterausschuß der Reichsbahn** die technischen und finanziellen Voraussetzungen prüft, um einen endgültigen Entschluß wegen Elektrifizierung der Strecke von **Stuttgart bis Karlsruhe** vorzubereiten. Diese ist eine Frage der Rentabilität und eine Frage der Beschaffung des erforderlichen Kapitals. Nach beiden Richtungen erhofft das badische Finanzministerium von der Arbeit des Ausschusses den Erfolg, daß eine Vereinbarung mit der Reichsbahn wegen der alsbaldigen Fortführung der Arbeiten wenigstens zunächst bis Karlsruhe und Bruchsal zustandekommt.

Sehr förderlich scheint dabei die Möglichkeit, der Reichsbahn **preiswerten Strom aus badischen Wasserkräften** anbieten zu können. Auch diese Sonderfrage wird Gegenstand der gemeinsamen Prüfung in den nächsten Wochen sein. Ende Februar soll der Unterausschuß der Reichsbahndirektionen seine Arbeiten abgeschlossen haben und das Ergebnis soll dann dem technischen Ausschuß des Verwaltungsrats der Reichsbahn vorgelegt werden, so daß das Plenum des Verwaltungsrats in seiner Märzsitzung einen endgültigen Entschluß fassen kann.

Der günstige Verlauf der neuesten Verhandlungen eröffnet gute Aussichten auf eine **stärkere Belebung des Arbeitsmarktes in Baden** nicht nur durch Liefertätigkeit der Industrie, sondern auch durch den unter Umständen damit bedingten **Bau von weiteren Wasserkraftwerken.**

---

**Zellstoff Waldhof legt vorübergehend still.** Die auf der Malmöer Konferenz der europäischen Zellstoffabrikanten im Oktober beschlossene Restriktion der zum Verkauf an fremde Papierfabriken bestimmten Zellstoffprodukte um 15 Proz. veranlaßt die Zellstoffabrik Waldhof, das **Werk Mannheim-Waldhof**, ab Mitte März für einige Wochen stillzulegen. Die Belieferung der benachbarten Papyrus-AG., Mannheim-Waldhof, die weiterarbeiten wird, sowie der übrigen Kundschaft wird hierdurch nicht berührt. Der „N. Bad. Landesztg." zufolge wird die Gesellschaft, um die größten Härten zu vermeiden, einen möglichst großen Teil der Belegschaft während der Stillegung mit **Notstandsarbeiten** beschäftigen. Nach Ablauf der Stillegungszeit soll die ganze Belegschaft wieder eingestellt werden.

## Badischer Landtag

### Die nächste Vollsitzung

Der Landtag hält seine nächste Plenarsitzung am Dienstag, den **3. Februar**, vormittags 9 Uhr ab. Auf der Tagesordnung steht zunächst der kommunistische Antrag, der sich gegen den Abschluß von Konkordaten richtet. Dann kommen die Steueranträge zur Beratung. Ferner wird die Förmliche Anfrage der Nationlsozialisten betreffend den Neubau der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Mannheim behandelt werden, desgleichen der deutschnationale Antrag betr. die Beitragensnoten für die zur Entlassung kommenden Volksschüler und der nationalsozialistische Antrag auf Wiedereinstellung des Lehrers Lenz in den badischen Volksschuldienst. Endlich steht die Novelle zum Beamtengesetz zur Verabschiedung. Es ist damit zu rechnen, daß die ganze kommende Woche mit Plenarsitzungen ausgefüllt ist.

---

## Der Heidelberger Konflikt

### Die Unruhen vor dem Schnellrichter

Vor dem Schnellrichter in **Heidelberg** hatten sich am Mittwochabend 18 Festgenommene zu verantworten, die im Zusammenhang mit den Vorkommnissen am Dienstagabend von der Polizei eingeliefert worden waren. Bei sechs von ihnen stellte sich heraus, daß sie nicht beteiligt waren oder daß ihnen kein Vergehen nachgewiesen werden konnte. Sie wurden deshalb freigesprochen. Die übrigen erhielten Geldstrafen teils wegen Teilnahme an Ansammlungen, teils wegen Beamtenbeleidigung oder Widerstands in Höhe von 60 bis 120 Reichsmark. Der Staatsanwalt hatte Anträge bis zu 6 Wochen Gefängnis gestellt. Der Schnellrichter betonte, daß nur mit Rücksicht darauf keine Gefängnisstrafen verhängt worden seien, weil in der Bevölkerung über die Vorgänge der letzten Zeit große Erregung entstanden sei, besonders in dem Teil der Bevölkerung, dem die meisten der Festgenommenen angehören. Von den 18 Angeklagten waren 7 parteilos, 11 bekannten sich als Nationalsozialisten.

#### Eine Entschließung der katholischen Studenten

Die Gesamtvertretung aller an der Heidelberger Universität anerkannten **katholischen Korporationen und Verbindungen** nahm dieser Tage zu den Vorgängen an der Universität und zu der dadurch geschaffenen Lage Stellung. Nach ausgedehnter Aussprache wurde mit Einstimmigkeit folgende **Entschließung** gefaßt: „Die katholische Studentenschaft Heidelbergs verurteilt die Vorgänge an der Heidelberger Universität und sieht in der Gründung der sogenannten Deutschen Studentenschaft Heidelberg keine rein hochschulpolitische Angelegenheit. Er lehnt sie daher ab. Sie steht in ihrer Gesamtheit zu Staatsgewalt, Rektor und Senat." Unterzeichnet ist diese Entschließung von der katholischen Freistudentenschaft, sowie von sämtlichen Verbindungen des O.V.K.V. und U.V., auch von Görres-Ring und Görres-Gruppe.

#### Der Fall Dehn

Pfarrer Günther **Dehn** hat, wie nun aus Heidelberg gemeldet wird, auf den Heidelberger Ruf verzichtet. Dazu wird aus Berlin berichtet, daß das preußische Volksbildungsministerium ihn auf den Lehrstuhl für praktische Theologie an der Universität Halle berufen hat.

Die **theologische Fakultät** hatte am Montag ein Votum dahin abgegeben, daß sie den Pfarrer D. Dehn in Berlin unbeschadet seiner Vertrauenswürdigkeit für nicht geeignet hält für das Heidelberger Amt des ordentl. Professors der praktischen Theologie. Dieses Votum hat die Fakultät an das Unterrichtsministerium in Karlsruhe abgehen lassen mit einer Begründung, in der es u. a. heißt: „Freilich ist Herr D. Dehn amtlich nicht schuldig gesprochen, aber er ist auch nicht gerechtfertigt. Wenn die Fakultät die Vertrauenswürdigkeit des Herrn Dehn ausspricht, so will sie damit sagen, daß ihr Vorwurf nicht behauptet, daß Dehn die ihm zum Vorwurf gemachten Äußerungen getan hat. Umgekehrt aber kann sich die Fakultät der genannten Tatsache nicht verschließen, daß die Zeugen gegen Dehn ihre Aussagen aufrechterhalten und daß Gefahr besteht, daß Dehn gerade im hiesigen Amt als Professor in unabsehbare Schwierigkeiten verwickelt wird und daß daraus der Fakultät und der ganzen Universität der größte Schaden erwächst."

Gegenüber dem Mehrheitsgutachten der theologischen Fakultät ist Prof. Martin **Dibelius** mit einem Sondergutachten an die Öffentlichkeit getreten, indem es u. a. heißt: „Der Vortrag, den Pfarrer Dehn im November 1928 in Magdeburg gehalten hat und mit dessen einzelnen Ausführungen ich mich nicht durchweg einverstanden erklären kann, enthielt doch nichts, was ein evangelischer Thebloge nicht sagen könnte. Er bezeugt vielmehr gerade mit der tiefernsten Behandlung des Kriegsproblems, die von der üblichen marxistischen, wie von der üblichen pazifistischen Auffassung weit abweicht, daß Pfarrer Dehn zum Lehrer gerade der akademischen Jugend voll geeignet ist."

---

**Kurzarbeit bei Freudenberg in Weinheim.** In den Betrieben Karl Freudenberg in Weinheim, wird eine weitgehende Arbeitszeitverkürzung dadurch eintreten, daß innerhalb zwei Wochen drei arbeitsfreie Tage eingelegt werden.

## Aus der Landeshauptstadt

### Karlsruhe wehrt sich gegen die Entziehung der Fluglinie Ostwest

Unserer Stadt droht eine gefährliche Einbuße im Flugverkehr. Wie durchsickert, soll die **Ostwestlinie**, Paris—Saarbrücken—Karlsruhe—Stuttgart—München, in Zukunft **keine** Zwischenlandung mehr in Karlsruhe, sondern in Mannheim erhalten. Das bedeutet, daß die von der badischen Landeshauptstadt angeregte und erreichte kürzeste und schnellste Ostwestverbindung, die zugleich die **rentabelste Strecke der Deutschen Lufthansa** ist, in diesem Falle in großem Bogen um Karlsruhe herum geführt würde. Wie der Karlsruher Verkehrsverein mitteilt, soll als letztes Mittel im Interesse unserer Stadt am nächsten **Montag**, abends 6 Uhr, im Handelskammergebäude eine öffentliche Protestversammlung gegen die Verwirklichung dieser Absichten stattfinden. Es müsse, so heißt es in der Zuschrift des Verkehrsvereins, unter allen Umständen darauf hingewirkt werden, daß das Projekt zu Fall gebracht wird, da auch im übrigen durchaus kein sichtbarer Grund vorliege, warum Karlsruhe die erwähnte Strecke entzogen werden soll. Auch die Nachbarstädte Baden-Baden, Bruchsal und Pforzheim würden von dem Ausfall Karlsruhes getroffen werden.

---

**Um die Maxauer Rheinbrücke.** Die Handelskammer Karlsruhe will aufs neue mit geeigneten Vorschlägen bei den zuständigen Regierungs- und Verwaltungsstellen in Reich und Land vorstellig werden, um den Plan der Rheinbrücke bei Maxau endgültig seiner Verwirklichung näherzubringen.

**Gegen falsche Gerüchte.** Die Handelskammer Karlsruhe wurde aufgefordert, den Gerüchten über angebliche Verlegung von Großbetrieben in das Ausland in der Öffentlichkeit entgegenzutreten. Es wurde festgestellt, daß z. B. derartige Gerüchte über eine Verlegung des Betriebes der Firma Schaerer & Co., Karlsruhe-Rheinhafen, ebenso wie jene über die Firma Wolff & Sohn jeder Grundlage entbehren.

**Die ABC-Schützen in Karlsruhe.** Zu Ostern sind für die Volksschule in unserer Stadt 2262 Anfänger gemeldet. Zur Entlassung kommen 872 Schüler, während etwa 800 in die Mittelschulen übergehen. Die Gesamtschülerzahl an den Karlsruher Volksschulen beziffert sich mit Beginn des kommenden Schuljahres auf rund 14 400, das sind gegen 580 mehr als an Ostern vorigen Jahres.

**Die diesjährige „Weiße Woche"** findet in der Zeit vom 31. Januar bis einschließlich 7. Februar statt.

**Ringkämpfe im Colosseumtheater.** Heute abend ringen: Stolzenwald gegen Kisch. Im Entscheidungskampfe treffen sich Schwarzbauer und Kop, ferner stehen sich Schachschneider und Prochaska im Entscheidungskampfe gegenüber.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

| | 30. Januar | | 29. Januar | |
|---|---|---|---|---|
| | Geld | Brief | Geld | Brief |
| Amsterdam 100 G. | 169.05 | 169.39 | 169.06 | 169.40 |
| Kopenhagen 100 Kr. | 112.40 | 112.62 | 112.41 | 112.63 |
| Italien . . 100 L. | 22.015 | 22.055 | 22.01 | 22.05 |
| London . . 1 Pfd. | 20.416 | 20.456 | 20.416 | 20.456 |
| New York 1 D. | 4.2045 | 4.2125 | 42.045 | 4.2125 |
| Paris . . . 100 Fr. | 16.468 | 16.508 | 16.475 | 16.515 |
| Schweiz . . 100 Fr. | 81.395 | 81.455 | 81.32 | 81.48 |
| Wien 100 Schilling | 59.118 | 59.230 | 59.12 | 59.24 |
| Prag. . . . 100 Kr. | 12.444 | 12.464 | 12.44 | 12.46 |

**Berlin-Karlsruher Industriewerke.** Der „N. Bad. Landeszeitung" zufolge hat sich das am 31. Dezember beendete Geschäftsjahr **befriedigend entwickelt.** Der Auftragseingang liege auf Vorjahrshöhe und sei durchaus normal. Ob eine Wiederaufnahme der Dividendenzahlung auf das 30 Mill. Reichsmark betragende Aktienkapital möglich sein wird, ist noch nicht entschieden, da die Bilanzarbeiten noch nicht abgeschlossen sind. Im Vorjahre wurde der Reingewinn von 1 878 394 *RM* vorgetragen.

**Badische Landwirtschafts-AG. für Ein- und Verkauf.** In der in **Karlsruhe** abgehaltenen Generalversammlung der Badischen Landwirtschafts-AG. für Ein- und Verkauf wurde Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt und die Gewinn- und Verlustrechnung, die mit einem **Verlust** von 1712,13 *RM* abschließt, genehmigt. Der Verlust wurde auf neue Rechnnug vorgetragen. An Aktiven verfügt das Unternehmen über 41 936 *RM* an Bestand an eigenen Aktien. Die Debitoren stehen mit 8053,02 *RM* zu Buche, die Beteiligungen mit 1300 *RM*. Auf der Passivseite beträgt das Aktienkapital 50 000 *RM*, die Dividende ist mit 501,15 *RM* ausgewiesen und die Rückstellungen betragen 2500 *RM*. Die Unkosten für 1930 stehen mit 2272 *RM* zu Buche.

---

**Dividendenvorschläge der Siemens-Gesellschaften.** Der Aufsichtsrat der Siemens-Schuckert-Werke AG., Berlin, schlägt die Verteilung von 7½ Proz. (10 Proz.) Dividende und der Aufsichtsrat der Siemens & Halske AG. die Verteilung von wieder 14 Proz. Dividende vor.


**Das Ereignis der Epoche:**

# Knopfs Weiße Woche!

**31. Januar — 7. Februar 1931**

K912

**Sehenswerte Dekoration! Gewaltige Vorteile!**

**Um den Zusammenschluß der deutschen Zuckerindustrie.** Bekanntlich hat die übergroße Mehrheit der deutschen Zuckerfabriken (97 Proz. der Erzeugung) in der Sitzung am 12. Januar 1931 und einige Fabriken nachträglich, der Satzung der wirtschaftlichen Vereinigung der deutschen Zuckerindustrie zugestimmt. Nur 16 Fabriken werden durch die Verweigerung ihrer Zustimmung das **Eingreifen der Reichsregierung** erforderlich machen. Der Zwangszusammenschluß, und zwar unter Zugrundelegung der von der Mehrheit angenommenen Satzung, dürfte in kürzester Frist zu erwarten sein, da die Regierung nun an den Verein der deutschen Zuckerindustrie eindeutig zum Ausdruck gebracht hat, daß sie den Beschlüssen der Mehrheit der deutschen Zuckerfabriken die ihnen zukommende Bedeutung beimessen wird.

## Kurze Nachrichten aus Baden

**Ein Musiknachmittag in der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch**

Studienrat E. **Hoffmeister**, früher langjähriger Musiklehrer der Heil- und Pflegeanstalt bei Emmendingen, brachte am letzten Samstag mit dem Kammerorchester und Streichquartett der Lehrerbildungsanstalt Heidelberg in einem nahezu zweistündigen Konzert Werke aus der alten und neuen Musikliteratur zur Aufführung. Unter lautloser Stille und größter Spannung folgten mehrere hundert Patienten den gesanglichen und instrumentalen Darbietungen der wohldisziplinierten Ausüberschar. Der spontane Beifall und die Dakapo-Rufe dürften den Dank und die Freude über das Zustandekommen dieses für die Kranken so überaus wertvollen Nachmittags wohl zum Ausdruck gebracht haben.

DZ. **Aus dem Jagsttal**, 29. Jan. Zur Zeit werden zwischen Herbolzheim und Neudenau die Vorarbeiten für den Ausbau der wichtigen Eisenbahnstrecke **Jagstfeld—Osterburken** ausgeführt. Die Bahnlinie soll zweigleisig gebaut werden und zu diesem Zweck wird das Bett der Jagst verlegt. Gewaltige Erdmassen müssen bewegt werden.

DZ. **Bretten**, 29. Jan. Der Gemeinderat hatte den Bürgermeister ersucht, mit den **Vereinsvorständen** darüber zu verhandeln, daß **Fastnachtslustbarkeiten** mit Rücksicht auf die ungünstigen Zeitverhältnisse **unterbleiben**. Sämtliche Vereine haben sich zustimmend geäußert.

bld. **Offenburg**, 29. Jan. Seinen **80. Geburtstag** feiert am Freitag Obermusikmeister **Höpner**. Er stand u. a. auch in der russischen Armee. Sein Abgang von der russischen Armee wurde, weil er nicht Russe werden wollte, erzwungen. So trat er wieder 1891 im Frühjahr in deutsche Dienste über, und zwar zuerst zum Bad. Pion.-Bataillon Nr. 14 in Kehl und bei Neuformierung der neuen Regimenter Herbst 1897 zum Regiment 170, bei welchem er bis zu seiner Pensionierung mit dem 60. Lebensjahr verblieb.

DZ. **Waldshut**, 29. Jan. Infolge der starken Schneefälle der letzten Tage ist es nicht mehr möglich, den **Postkraftwagenverkehr** zwischen **St. Blasien** und **Waldshut** über Höchenschwand-Häusern zu führen. Die Fahrten gehen deshalb durch das **Albtal**. Auf der Höhenstraße liegt der Schnee stellenweise über einen Meter hoch.

DZ. **Meßkirch**, 29. Jan. Auch in diesem Winter werden wieder **Reichswehrtruppen** auf dem **Heuberg** zum Winterschießen eintreffen. Als erste Truppe wird bereits am 9. Februar das Inf.-Regt. 19 aus Augsburg das Lager auf dem Heuberg beziehen. Ihm folgt das Ausbildungsbataillon des **Inf.-Regts. 14 aus Donaueschingen**, das von Anfang bis Mitte März auf dem Heuberg ist, während das Ausbildungsbataillon des Inf.-Regts. 13, dessen Standort Schwäbisch-Gmünd ist, für den Rest des Monats März auf den Heuberg kommt.

DZ. **Zell i. W.**, 29. Jan. Die reichen **Schneefälle** der letzten Tage haben in den **Waldungen** bei Zell i. W. großen Schaden angerichtet. Durch Schneedruck sind am oberen Henschenberg ganze Tannenkulturen niedergedrückt. Der Waldweg nach Gresgen war stellenweise durch eine ganze Wand eingedrückter Bäume versperrt.

---

bld. **Basel**, 30. Jan. Von Oberbaden hat eine wahre **Massenwanderung** zu dem in Basel zur Vorführung gelangenden **Remarque-Film** eingesetzt. Für die nächsten sonntäglichen Vorführungen des in Deutschland verbotenen Films „Im Westen nichts Neues" haben sich bereits 2000 Besucher aus Freiburg i. Br. und der nächsten Umgebung bei der Direktion des Kapitoltheaters angemeldet.

### Geschäftliches

**„Weiße-Woche"-Preisausschreiben der Firma W. Boländer, Karlsruhe.** Wir verweisen auf das heutige Inserat der Firma. Sie verbindet mit ihrer Weißen Woche ein interessantes Preisausschreiben. Eine lebende Gans befindet sich ab Samstag inmitten der Einheitspreistische im Geschäftslokal, und es soll abgeschätzt werden, wie viele Federn nach Gewicht, in Gramm ausgedrückt, diese Gans ihr eigen nennt. Wertvolle Preise sind für die besten Lösungen ausgesetzt. Die Gans bekommt derjenige Kunde, auf den der tausendste, während der Weißen Woche abgegebene Kassenzettel fällt.


30 Jahre

# Weisse Woche

Wir bringen in dieser Woche Waren aller Art zu enorm billigen Preisen

942

# Hermann Tietz

KARLSRUHE



Ab Samstag, den 31. Januar:

**Weiße Woche**

Einige Beispiele unserer unerreichten Preiswürdigkeit:

Hemdentuch . . . . 25 Rpf. — Landhausgardinen . 25 Rpf.
Streifendamast . . . 65 Rpf. — Fenstergarnituren 1,75 RM.
Bettuchbiber . . . . 85 Rpf. — Bettvorlagen . . . 1,50 RM.

**10 % Rabatt** auf nicht reduzierte Preise

**W. Boländer** Karlsruhe Kaiserstraße 121

Beteiligen Sie sich an unserem interessanten Wettbewerb! Wertvolle Preise winken.

940



Zur **Weißen Woche** K941

Damenstoffe
Herrenstoffe
Wäschestoffe u. Aussteuerartikel

**10 % Rabatt**

**Wilh. Braunagel, Herrenstr. 7**


A.416. **Karlsruhe.** Der das Konkursverfahren eröffnende Beschluß des Amtsgerichts Karlsruhe vom 15. Januar 1931 wurde aufgehoben und über das Vermögen der Firma **J. Friedrich Eckrich**, Holzwarenfabrik in Knielingen das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zeitpunkt der Eröffnung: 23. Januar 1931, 12 Uhr mittags. Zur Vertrauensperson wurde Herr Rechtsanwalt Huckele in Karlsruhe bestellt. Dem Schuldner J. F. Eckrich wurde allgemein verboten, über Vermögensstücke ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Zufolge dieses Veräußerungsverbots dürfen Zahlungen nicht mehr an die Fa. J. F. Eckrich erfolgen. Dieselben sind nur an die Vertrauensperson zu leisten. Vergleichstermin ist bestimmt vor dem Amtsgericht Karlsruhe A 10, Akademiestraße 4, III. Stock, Zimmer Nr. 234, auf **Freitag, den 20. Februar 1931**, nachmittags 4 Uhr. Der Vergleichsvorschlag und seine Unterlagen liegen zur Einsicht der Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts auf. Karlsruhe, den 24. Januar 1931. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 10.**


**Badisches Landestheater**

Samstag, den 31. Jan. 1931

*G 15. Th.-Gem. 801—900 und 901—1000

**Elisabeth von England**

Schauspiel von Ferdinand Bruckner

Regie: Baumbach

Mitwirkende:
Ermarth, Frauendorfer, Nyhoff, Schreiner, Seiling, Guse, Baumbach, Brand, Dahlen, Gemmecke, Graf, Herz, Hierl, Höcker, Just, O. Kienscherf, Kloeble, Kuhne, Mehner, Prüter, Schulze, H. Kienscherf, Luther

Anfang 20 Ende 22¾

Preise A (0,70—5 RM)

So. 1. 2. Nachmittags: Meine Schwester und ich. Abends: Leben des Orest. Im Konzerthaus: Wie werde ich reich und glücklich?



**Inserieren bringt Gewinn!**


## Oeffentliche Sparkasse Sandhausen

(unter Gemeindebürgschaft)

### Bilanz auf 31. Dezember 1930.

| Aktiva | RM |
|---|---|
| 1. Kassenbestand auf 31. 12. 1930 | 8 205,74 |
| 2. Guthaben bei Girozentralen u. Postscheckkonto | 20 294,59 |
| 3. Wechsel | 22 070,— |
| 4. Inkassowechsel | 7 567,84 |
| 5. Wertpapiere | 1,— |
| 6. Darlehen a. Hypotheken | 352 880,60 |
| 7. Darlehen auf Schuldscheine | 318 390,53 |
| 8. Darlehen auf lfd. Rechnung | 224 969,41 |
| 9. Aufwertungsforderungen | 103 600,82 |
| 10. Einnahmerückstände | 38 640,95 |
| 11. Vorschüsse | 1 131,97 |
| 12. Grundstücke | 500,— |
| 13. Gerätschaften | 1,— |
| | 1 098 254,45 |

| Passiva | RM |
|---|---|
| 1. Spareinlagen | 708 394,10 |
| 2. Aufwertungseinlagen | 39 189,22 |
| 3. Giroeinlagen | 126 649,67 |
| 4. Anlehenskapitalien | 156 869,93 |
| 5. Aufwertungsverrechnungskonto | 24 225,41 |
| 6. Rücklagen | 32 494,19 |
| 7. Reingewinn von 1930 | 10 431,93 |
| | 1 098 254,45 |

### Berechnung der Rücklagen

Die gesetzlichen Rücklagen haben zu betragen:
8 % der Einlagen (835 043,77 RM) . . . . . 66 803,44 RM
Sie betragen auf 31. 12. 1930 . . . . . 42 926,12 RM
Somit weniger . . . 23 877,32 RM

Sandhausen, den 29. Januar 1931.

R.254

**Der Vorsitzende:** Mattern, Bürgerm. — **Der Geschäftsleiter:** Kastner. — **Der Kontrolleur:** Herzog.


Druck G. Braun, Karlsruhe.